

Materialien zur Berliner Wirtschaftsleistung, Wirtschaftsstruktur und Steuerkraft (Unvollständiges Script - Teilergebnis)

Themen:

- 1.0 Berliner Wachstumseuphorie oder Scheinblüte ?
- 2.0 Wirtschaftswachstum Berlins im bundesweiten Vergleich
- 2.1 Wirtschaftswachstum Berlins im Vergleich mit Großstädten (< 1 Mill. EW)
- 3.0 Räumliche Disparität und regionale Wirtschaftskraft
- 3.1 Struktur der Bruttowertschöpfung Berlins im Vergleich mit großstädtischen AMR (Arbeitsmarktregionen, Kernstadt über 500 Tsd. Einwohner)
- 4.0 Wirtschaftsstruktur und Beschäftigtenentwicklung in Berlin
- 4.1 Produktivität der Berliner Regionalwirtschaft
- 4.2 Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im Stadtstaatenvergleich
- 4.3 Strukturelle Ungleichgewichte
- 5.0 Der Berliner Arbeitsmarkt / Beschäftigung und Einkommen
- 5.1 Entwicklung am Berliner Arbeitsmarkt
- 5.2 Arbeitsmarkt der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin
- 5.3 Geringfügig entlohnte Beschäftigung als Berliner Massenproblem
- 5.4 Löhne und Einkommen
- 5.5 Einkommen der Privathaushalte
- 6.0 Wirtschaftskraft und Steuerkraft, die Berliner Achillesferse

Anmerkung: Der Text ist noch unvollständig und fragmentarisch. Er soll nur intern verwandt werden und zunächst als empirische Unterlage für die weitere Diskussion dienen. Die vollständige Ausarbeitung wird demnächst folgen.

Weiter zu bearbeitende Themen:

- Arbeitsmarkt und soziale Spaltung
- Wirkung und Funktion des Phänomens „Berliner Armutsökonomie“
- Sanierungs- und Instandsetzungsdefizit der technischen und sozialen Infrastruktur in Berlin
- Steuerkraft, Länderfinanzausgleich
- Wirkung und Funktion der Schuldenbremse für die Berliner Wirtschaftskraft
- Thesen zur wirtschaftlichen Entwicklungsperspektive Berlin

S. Goryanoff, Berlin 27.02.2015

Berliner Wachstumseuphorie oder Scheinblüte?

„Wachstumsmetropole – Die neue Normalität“ so die IHK in ihrem Jahresbericht 2013 und weiter: „Im ersten Halbjahr 2013 setzte sich Berlin mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent mit an die

Spitze der Bundesländer. Um 2,5 Prozent ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gewachsen, stärker als in irgendeinem anderen Bundesland.“ (S.15 IHK)

In der mittelfristigen Finanzplanung des Senats 2014 bis 2018 heißt es hierzu: „Berlin ist attraktiv als Lebensmittelpunkt und Wirtschaftsstandort.....In den Jahren 2005 bis 2014 stieg die Wirtschaftskraft in Berlin um 19,6 %, während sie im Durchschnitt der Bundesrepublik um lediglich 13,2 % zulegte.“ (Finanzplanung von Berlin S.10)

Dagegen hält K. Brenke, Konjunkturopernte des DIW (Berliner Zeitung 26.08.2014) „Berlin lebt zu sehr von der Substanz.....Berlin ist die einzige Hauptstadt der Welt, wo die Wirtschaftsleistung pro Kopf deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt.“

Im „Tagesspiegel“ v. 19. Januar 2015 wird der Zustand der Berliner Schulen beleuchtet. Berichtet wird von einem Instandsetzungstau in Höhe von mehr als 2 Mrd. €. Die technische Berliner Infrastruktur wälzt riesige Instandsetzungsdefizite vor sich her. Vor allem Straßen und Brücken stehen auf einer langen Bedarfsliste. Parallel hierzu melden die Verkehrsbetriebe hohen Instandsetzungsbedarf an.

Nicht vergessen werden darf dabei die soziale Lage vieler Berliner und Berlinerinnen. Berliner Armut: Über 600.000 Berliner - knapp 20 % der Berliner Bevölkerung – müssen ihren Lebensunterhalt aus Zuwendungen der Sozial- und Arbeitsämter finanzieren. Sie finden in dem Wirtschaftsszenario keinen Platz und liegen mit ihrem Einkommen deutlich unterhalb der Armutsgrenze.

Trotzdem wächst die Bevölkerungszahl in Berlin deutlich. In den letzten drei Jahren ist diese um rund 95.000 Bewohner gewachsen. Die Senatsberichte prognostizieren ein weiteres Bevölkerungswachstum für das Jahr 2025 von rund 250.000 Personen. Stadtentwicklungspolitisch müssen Wohnungen gebaut und städtische Infrastruktur für dieses Bevölkerungswachstum geschaffen werden. In seinem Arbeitsbericht „Wachsende Stadt“ (Oktober 2014) thematisiert der Senat zwar die dadurch entstehenden Anforderungen, aber über die Finanzierung und das notwendige Investitionsvolumen erfährt man nichts. Konkrete Zahlen über Finanzbedarf, Investitionsvolumen und Maßnahmenprogramme werden in dem Bericht nicht erörtert. Stattdessen Absichtserklärungen. „Den voraussichtlichen Mehreinnahmen stehen Leistungs- und Versorgungsansprüche einer größer werdenden Einwohnerzahl und die erhöhten Anforderungen an die Infrastruktur gegenüber.....Die Regeln der Schuldenbremse gelten unbeschadet dieser zu erwartenden Tendenz“.

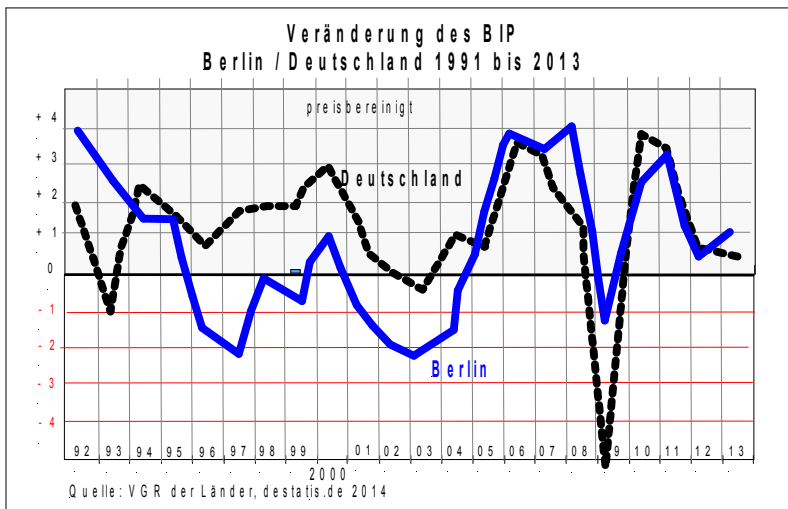
Instandsetzungstau und Defizite sowie die wachsende Stadt kumulieren zu einer riesigen stadtentwicklungspolitischen Aufgabenstellung. Wir stellen hierzu mehrere Fragen:

- ⇒ Lassen die letzten Jahre wirtschaftspolitisch den Schluss zu, die Wirtschafts- und Steuerkraft Berlins befinde sich auf einem Aufwärtspfad.
- ⇒ Hat diese Entwicklung das Potenzial finanz- und investitionspolitisch die Zukunftsaufgaben „Wachsende Stadt“ und die Beseitigung des Instandsetzungsdefizits zu ermöglichen.
- ⇒ Kann Berlin diese Aufgabe finanzpolitisch unter den Vorgaben der Einhaltung einer Schuldenbremse und der nach wie vor vom Länderfinanzausgleich abhängigen Haushaltsfinanzierung stemmen.
- ⇒ Ist dieser notwendige Prozess im Sinne einer sozialen und ökologisch nachhaltigen Entwicklung steuer- und realisierbar.

Um diese Fragen beantworten zu können, zunächst eine Bestandsaufnahme der Berliner Wirtschaftsstruktur und seiner Entwicklung im Kontext regionaler Arbeitsmärkte und regionaler Wachstumsparameter. Wir erörtern die Berliner Wirtschaftskraft und Struktur und leiten hieraus die Berliner Haushaltssituation ab. Die Zusammenhänge sind evident. Die Wirtschaftskraft eines Landes oder einer Region spiegelt auch immer Steuerkraft und Haushaltssituation eines Landes wieder. Das Eine geht nicht ohne das Andere.

2.0 Wirtschaftswachstum Berlins im bundesweiten Vergleich

Gibt es ein prosperierendes Wirtschaftswachstum in Berlin, welches über dem Bundesdurchschnitt liegt, oder geben die letzten Wachstumsjahre ein unvollständiges Bild.



Entwicklung des Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, preisbereinigt

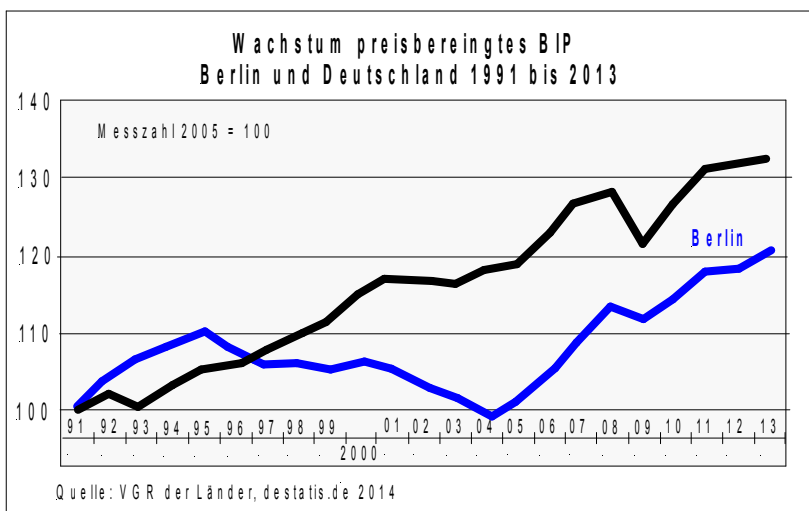
Von 1991 bis 2013 Berlins im Vergleich mit Deutschland insgesamt.

Wachstum Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Berlin	3,9	2,7	1,6	1,5	-1,6	-2,1	0,0	-0,7	1,1	-0,8	-1,9	-2,3	-1,5	1,5	4,0	3,2	4,2	-1,3	2,4	3,3	0,6	1,2
Deutschland	1,9	-1,0	2,5	1,7	0,8	1,7	1,9	1,9	3,1	1,5	0,0	-0,4	1,2	0,7	3,7	3,3	1,1	-5,2	4,0	3,3	0,7	0,4

In der Betrachtung der langen Reihe zeigt sich eine parallele Entwicklung des konjunkturellen Kurvenverlaufs zwischen Berlin und Deutschland, außer zwei kurzzeitigen Ausnahmen. 1991 bis 1994 ist durch die hohe Erwartung und Investitionsbereitschaft nach der Wiedervereinigung die Linie für Berlin deutlich positiv. Diese fällt dann 1995/96 stark negativ ab, nachdem die wirtschaftlichen Wachstumserwartungen des Wiedervereinigungsprozesses ausbleiben. Die zweite Abweichung findet im Jahr 2008/09 statt. Die Finanzkrise – als Exportkrise – 2009 führt für die Bundesrepublik zu einem negativen Ergebnis von minus 5,2 Punkte, während Berlin nur ein Minus von 1,3 Punkte einfährt. Rechnet man das Deutschland-Ergebnis von 2009 auf das Berliner Niveau von 2009, ergäbe sich auch für diesen Zeitraum eine parallele Entwicklung.

Danach ist das preisbereinigte BIP in Berlin von 1991 bis 2013 um 20,3 % gewachsen, während das Gesamtdeutsche BIP um 32,5 % zulegen. Der untenstehende Kurvenverlauf zeigt zwar ab 2005 für Berlin eine aufsteigende Tendenz, die aber nach 2009 den Abstand zur bundesdeutschen Entwicklung trotzdem beibehält.



Deutlich zeigt sich der Wirtschaftsrückgang für Deutschland 2009 durch den hohen Exporteinbruch, von dem Berlin auf Grund seines geringen Exportanteils zur regionalen Gesamtwirtschaft weniger betroffen ist.

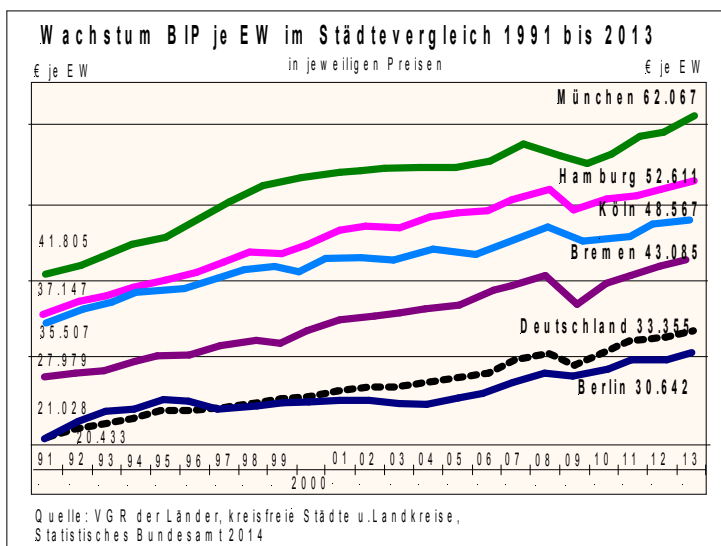
Die ungleiche Abstandsentwicklung Berlins zum Gesamtergebnis führt auch zu einer schwankenden wirtschaftlichen Anteilsleistung Berlins am bundesdeutschen Gesamtergebnis. 1991 betrug der BIP-

Anteil Berlins 4,3 % und erreichte mit 3,7% im Jahr 2007 seinen tiefsten Stand. Bis 2013 kletterte er auf 4,0 %, liegt aber immer noch unter dem Wert von 1991.

Aus dem konjunkturellen Kurvenverlauf lässt sich zunächst keine signifikante Abweichung Berlins als Sonderentwicklung gegenüber dem Wachstumsverlauf in Deutschland ableiten. Tatsächlich zeigen die Kurven auch für den Zeitraum 2005 bis 2013 keine über dem durchschnittlichen Verlauf liegende Wachstumslinie Berlins. Die bisherigen Ergebnisse für das 1. Halbjahr 2014 bestätigen diesen Trend. Berlin liegt mit einer Wachstumsleistung von 1,2 % deutlich hinter der Bundesrepublik mit 1,7 % und im Länderranking nur an 11. Stelle.

2.1 Wirtschaftswachstum Berlins im Vergleich mit Großstädten (< 1 Mio. EW)

Wieweit Berlin mit seiner Wirtschaftskraft nach wie vor zurückbleibt, zeigen die Linien der Abstandsentwicklung BIP je EW zu den Großstädten mit mehr als 1 Million Einwohner.



Die Kurvenentwicklung verweisen im Zeitraum 1991 bis 2013 auf eine gleich bleibende Abstandsentwicklung zwischen Berlin und den anderen Großstädten über 1 Million Einwohner.

Münchens Wirtschaftsleistung notiert sowohl 1991 als auch 2013 um 100 % über der Berliner Wirtschaftsleistung. Hamburg liegt 2013 mit 76 %, Bremen mit 41 % und Köln mit 60 % über der Berliner Wirtschaftsleistung.

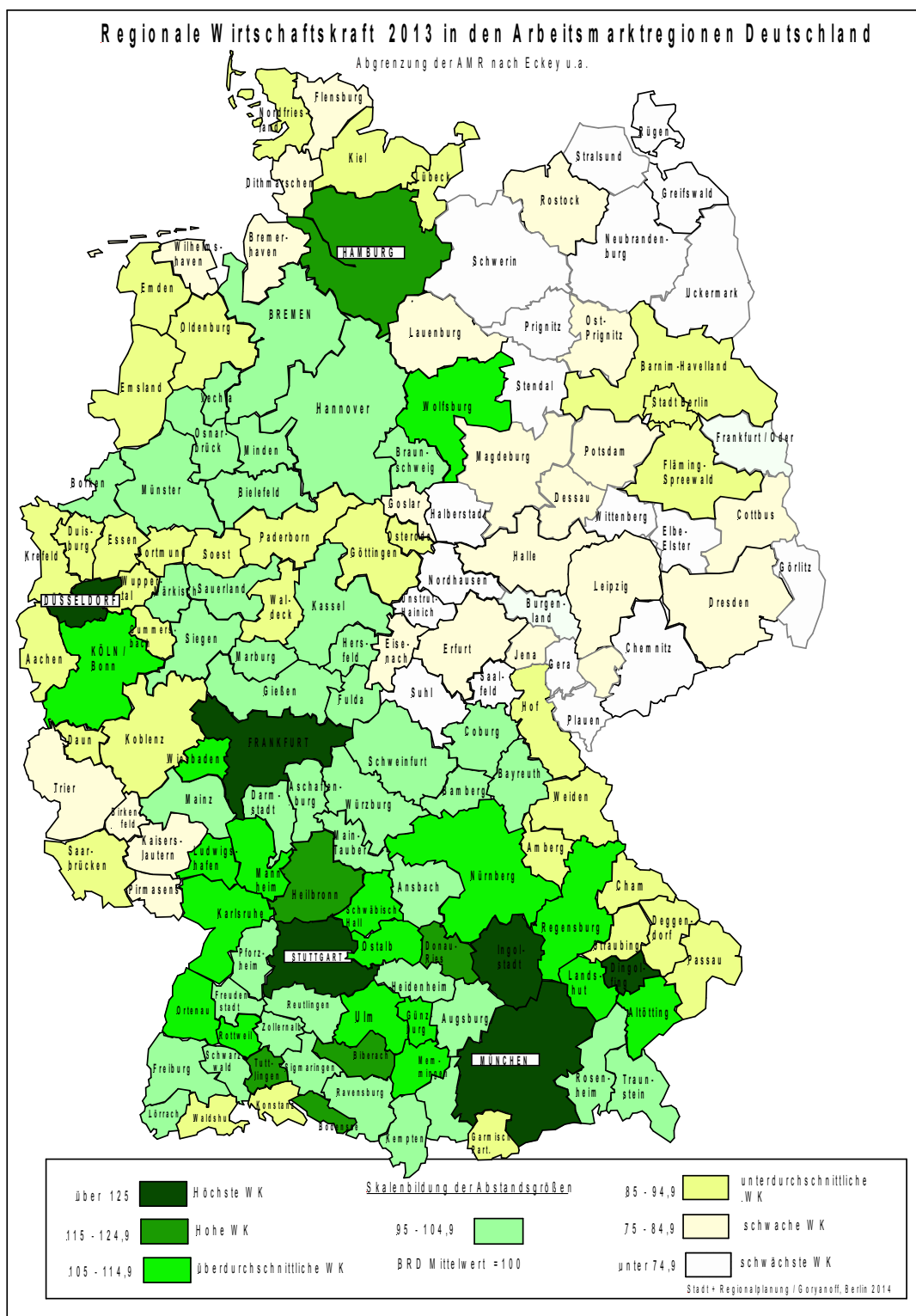
Die Abstandsentwicklung zu Deutschland hat sich dagegen umgedreht. 1991 lag Berlin noch mit 2,8 % über der bundesdeutschen Wirtschaftsleistung, 2013 notiert Berlin mit 8,3 % unterhalb des gesamtdeutschen Ergebnisses.

Eine besondere Aufwärtsentwicklung Berlins im Städtevergleich ist nicht erkennbar. Eher hat sich die Abstandsentwicklung hinsichtlich regionaler Wirtschaftskraft im Vergleich der Großstädte mit Berlin verfestigt bzw. vergrößert.

3.0 Räumliche Disparität und regionale Wirtschaftskraft

Die Darstellung der Wirtschaftsregionen erfolgt in den räumlichen Abgrenzungen von Arbeitsmarktregionen (AMR) nach Eckey¹ (145 Arbeitsmarktregionen). Die Ermittlung der regionalen Wirtschaftskraft wird über fünf Indikatoren ermittelt und anschließend in einem Gesamtindex gewichtet:

¹ Eckey, Kosfeld, Türck, Abgrenzung deutscher Arbeitsmarktregionen in Raumforschung und Raumordnung Nr. 64 S. 299 - 305



- ⇒ Regionale Bruttowertschöpfung je Einwohner
- ⇒ Regionale Stundenproduktivität
- ⇒ Kommunale Steuerkraft
- ⇒ Bruttolöhne und Gehälter
- ⇒ Regionale Beschäftigtenquote

Die Einteilung erfolgt in einer siebenstufigen Skalenfolge von AMR „Höchste Wirtschaftskraft“ bis AMR „schwächste Wirtschaftskraft“.

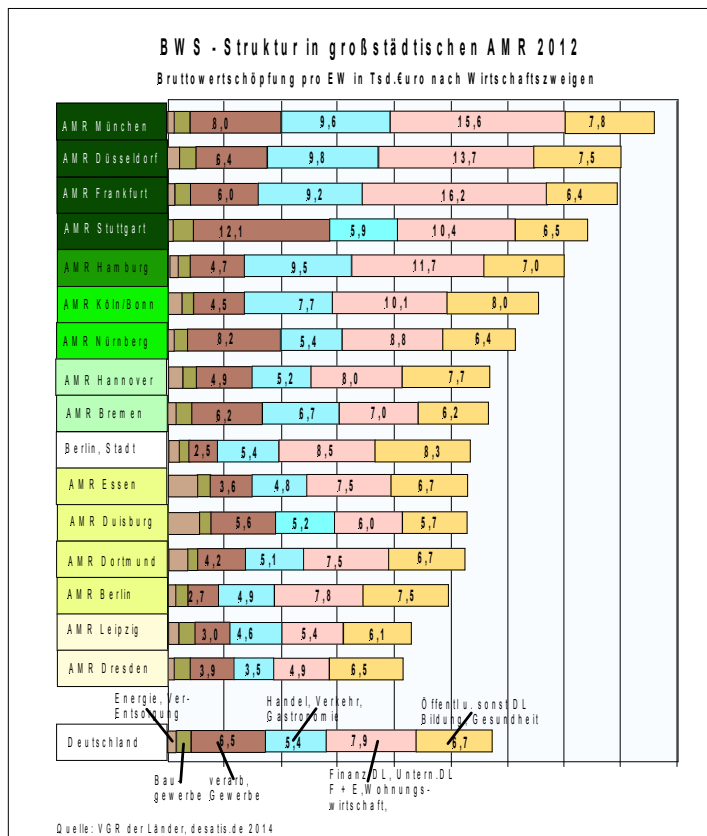
Mit Hilfe des Wirtschaftskraftindikators wird die Unterschiedsentwicklung der jeweiligen AMR im Verhältnis zum bundesdeutschen Mittelwert ermittelt. Damit erhält man Auskunft über Konzentrations- Stagnations- und Abstiegstendenzen von AMR im wirtschaftsräumlichen Gesamtbild Deutschlands.

Das Wirtschaftswachstum Deutschland wird deutlich von den drei wirtschaftsstärksten Ländern Hessen, Bayern und Baden-Württemberg bestimmt. Die Karte zeigt die Konzentrationstendenzen von regionaler Wirtschaftskraft in der Hauptsache in den Südländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Diese drei Länder erwirtschafteten in etwa über die Hälfte der Bruttowertschöpfung bei einem Bevölkerungsanteil von 35 % an der Gesamtbevölkerung. Im selben Zeitraum sind die AMR Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und mit Abstrichen Nordrhein-Westfalen mit einer im Vergleich zur gesamtdeutschen Wachstumsrate nachlassenden Wirtschaftskraft konfrontiert. Abgehängt sind nach wie vor die neuen Länder und auch Berlin, welche unterhalb des bundesdeutschen Mittelwertes notieren.

Lag der Index für Berlin noch 1996 bei 99,7 im Mittel des bundesdeutschen Durchschnittwertes, so notiert die Arbeitsmarktregion Berlin 2013 mit dem Index bei 91,0 und die Stadt Berlin mit 93,5 um 6,5 Punkte unterhalb des bundesdeutschen Mittelwertes. Dagegen kommen die wirtschaftsstarken Arbeitsmarktregionen wie München auf 138,3, Frankfurt auf 128,1, Stuttgart auf 121,1, Hamburg auf 116,6 8 Indexpunkte. Wird die Bewertung nur auf die Kernstädte der Arbeitsmarktregionen berechnet – also ein rein städtischer Vergleich angestellt –, sind die Abstände zwischen den wirtschaftsschwachen und wirtschaftsstarken Städten deutlich größer. Rückgängig ist auch der Berliner Anteil an der bundesdeutschen Bruttowertschöpfung. 1996 betrug dieser Anteil Berlins noch 4,2% und wies im Jahr 2013 einen Anteil von 3,5% auf.

3.1 Struktur der Bruttowertschöpfung Berlins im Vergleich mit großstädtischen AMR (Kernstadt über 500 Tsd. Einwohner)

Die Grafik zeigt die Einteilung der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen pro Einwohner. In den wirtschaftsstarken AMR dominieren die Wirtschaftszweige Finanzdienstleistung, unternehmensnahe Dienstleistung, Forschung und Entwicklung sowie Wohnungswirtschaft. Ebenso ist das verarbeitende Gewerbe in den wirtschaftsstarken AMR im Vergleich zu Berlin stärker ausgebildet. Berlin weist hier den schwächsten Anteil aller abgebildeten AMR aus. Die Bedeutung des Sektors Finanz- und unternehmerische Dienstleistung ist im Zusammenhang



mit der Entwicklung industrieller Arbeitsteilung der letzten 30 bis 40 Jahre zu sehen. Austausch und Kooperation mit dem verarbeitenden Gewerbe entwickeln sich über Kooperations- und arbeitsteilige Beziehung von qualifizierter Dienstleistung und industrieller Produktion. Wesentliche Funktionen des arbeitsteiligen Produktionsprozesses finden in vor- und nachgelagerten Arbeitsgängen zur materiellen Produktion statt, welche allerdings statistisch der Dienstleistung zugeordnet sind. Planung, Forschung und Entwicklung, Finanzierung, Werbung und Marketing sind demzufolge in direkter Kooperation und Arbeitsteilung auch räumlich konzentriert in den wirtschaftsstarken AMR plaziert.

Hier rangiert Berlin auch deswegen auf einem niedrigeren Niveau, weil die industriellen Standorte und Großunternehmen sich in den wirtschaftsstarken AMR der Südländer konzentriert haben.

Bemerkenswert sind die geringen Unterschiede bei den abgebildeten AMR im Wirtschaftszweig Öffentliche und sonstige Dienste mit dem Bildungs- und Gesundheitssektor. In diesem Wirtschaftszweig ist zu ca. 80 % der öffentlichen Sektors vertreten. Zwar weist hier Berlin die höchste BWS pro EW auf, dennoch sind die Unterschiede zu AMR München oder AMR Hamburg relativ gering. Zu berücksichtigen ist dabei, dass sich in der Bundeshauptstadt zentrale Einrichtungen der Bundesregierung befinden, die diesen leicht erhöhten Anteil mit abbilden.

Der Wirtschaftszweig Handel (Groß-u. Einzelhandel), Verkehr, KFZ-Reparatur und Gastronomie ist in großen Teilen auf die regionale Binnennachfrage ausgerichtet. In den wirtschaftsstarken AMR ist dieser Wirtschaftszweig deutlich stärker und ausgeprägter als in den wirtschaftsschwachen AMR. Hier ist die höhere Kaufkraft in Verbindung mit höheren Einkommen der privaten Haushalte nachfragestärker vertreten als in den wirtschaftsstarken AMR. Berlin rangiert auch hier im unteren Drittel der Tabelle.

Die regionale Standortstruktur wirtschaftsstarker Unternehmen und die damit einhergehende Konzentration auf wirtschaftsstarke Räume hat sich in den letzten 35 bis 40 Jahren herausgebildet. Die Schwerpunktverlagerung wirtschaftlicher Wertschöpfung von der Rohstoffproduktion (Kohle), Rohstoffverarbeitung (Stahl) und Massenkongüterherstellung hin zu hochqualifizierten Exportgütern (Auto, Chemie, Maschinenbau) hat die räumliche Standortstruktur und die Konzentration wirtschaftsstarker Räume nachhaltig geformt und geprägt. Die dabei entstandenen Standortverschiebungen von NRW nach den Südländern (Bayern, Hessen, Baden-Württemberg) sind an Berlin teilungsbedingt vorbeigegangen.

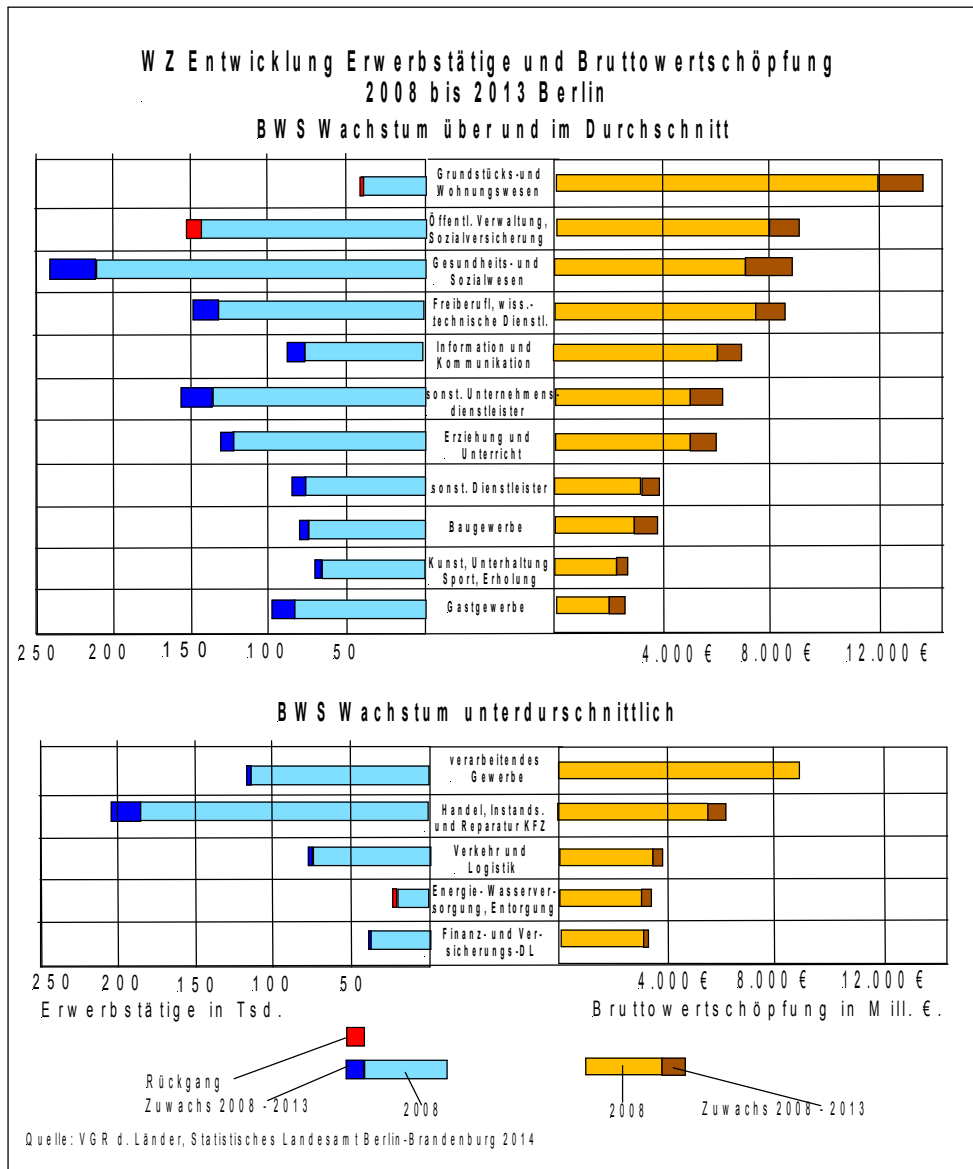
Die hierbei entstandene und mittlerweile etablierte und erprobte räumlich vernetzte Standortlogistik mit ihrem Output auf Exportgüter unterliegt keinem räumlichen Expansionsdrang in wirtschaftsschwache Regionen. Eher finden Erweiterungs- und Investitionsvorgänge in den Regionen statt, die auf Grund ihrer Entwicklung ein entsprechend hohes Niveau an Qualifikation, Vernetzung und Standortlogistik aufweisen. Diesen Vorsprung können wirtschaftsschwache Räume nicht vorweisen. Der Beweis ist das letztendliche Scheitern staatlich geförderter Ansiedlungspolitik in den neuen Ländern zur Etablierung wirtschaftsstarker Leuchttürme, die einen Prozess wirtschaftlicher Aufholung in den wirtschaftsschwachen Regionen initiieren sollten.

Die Standort Berlin wird daher diesen Vorsprung nicht aufholen können.

4.0 Wirtschaftsstruktur und Beschäftigtenentwicklung in Berlin

Anteilsverschiebungen der WZ Anteile, verarbeitendes Gewerbe geht zurück. Hohe Anteile von Immobilienwirtschaft und des Gesundheits- und Sozialwesens, unternehmerischer Dienstleistungssektor unterschiedlich ausgeprägt.

Insgesamt ist die Bruttowertschöpfung der Berliner Wirtschaft von 2008 bis 2013 um 14,8 % (in jeweiligen Preisen) gewachsen. Im gleichen Zeitraum wuchs die Erwerbstätigenzahl um 128 Tsd. (7,8%). Zuwachs an Beschäftigten gab es außer im WZ „Öffentliche Verwaltung“, „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie in „Energie-Wasserversorgung, Entsorgung“ in allen anderen WZ in unterschiedlichen Zuwachsraten.



4.1 Produktivität der Berliner Regionalwirtschaft unterdurchschnittlich, Dienstleistungssektor verbleibt auf durchschnittlichem Niveau

Welche WZ versprechen Produktionspotenziale, die zukünftige Entwicklungen bestimmen könnten? Hierzu untersuchen wir die Produktivität (BWS je Erwerbstätige) in den jeweiligen WZ sowohl mit überdurchschnittlichem und unterdurchschnittlichem Wachstum (2008 bis 2013). Für die Stadtstaaten Hamburg und Bremen liegen nach WZ untergliederte Zahlen vor, die aus Vergleichsgründen zusammen mit dem Bundesdurchschnitt herangezogen werden.

Hinsichtlich der Gesamtproduktivität rangiert Berlin um 6,5 Punkte unterhalb des deutschen Durchschnitts. Die Wirtschaftsstärke Hamburgs schlägt sich auch in der gesamtwirtschaftlichen Produktivität der Stadt nieder. Diese liegt um über 30 % über dem Berliner Produktivitätswert. Ebenso rangiert Bremen mit gut 10 Punkten vor Berlin.

Über dem Bundesdurchschnitt notieren nur „Gastgewerbe“, „sonst Dienstleistungen“ und „Information + Kommunikation“. Gegenüber Hamburg liegen allerdings auch diese WZ deutlich hinter den Hamburger Produktivitätsergebnissen. Die übrigen Berliner Wachstumssparten rangieren unterhalb des Bundesergebnisses und deutlich niedriger gegenüber den Hamburger Werten. Dies betrifft vor allem das für Berlin mit hohen Zuwachsraten ausgewiesene „Baugewerbe“ sowie das „Gesundheits- und Sozialwesen“. Niedrige Werte weisen auch die qualifizierten Dienstleistungen „freiberuflich, wissenschaftlich-technische Dienstleistung“ und „Unternehmensdienstleistung“ auf. Diese liegen in etwa auf dem Niveau von Bremen, aber um ca. 30 % niedriger als das Hamburger Ergebnis.

Produktivität bei durchschnittlichem und überdurchschnittlichem Wachstum, nach WZ

BWS je ET der WZ 2012 (Deutschland = 100) über Durchschnittswachstum 2008 -2013

2008 - 2013	Wirtschaftszweig	BWS je ET 2012 (Dtschl.=100)		
		Berlin	Bremen	Hamburg
Wachstum BWS				
14,8%	BWS Insgesamt	93,5	104,5	126,9
31,2%	Baugewerbe	97,0	130,4	124,1
30,2%	Gastgewerbe	112,2	85,7	120,5
24,4%	Gesundheits- und Sozialwesen	96,0	103,0	109,6
23,5%	Wirtsch. Unternehmens Dienstleister	95,4	90,3	142,3
20,0%	Erziehung und Unterricht	92,5	87,6	93,8
19,1%	sonst. Dienstleistung a.n.g (priv.HH)	102,0	79,0	112,5
17,5%	Kunst, Unterhaltung + Erholung	67,2	92,5	111,4
15,6%	Information u. Kommunikation	107,4	70,0	113,7
13,9%	Freiberuflich, wissenschaftlich-technische Dienstleistung	93,7	92,8	122,4
14,0%	Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	108,3	98,5	107,9
12,6%	Grundstücks- u. Wohnungswesen	49,2	70,5	85,8

In der linken Spalte steht die prozentuale Wachstumsrate von 2008 bis 2013. In den drei rechten Spalten sind die Indexwerte der Produktivität (Deutschland = 100) für das Jahr 2012 ausgewiesen.

Eine Besonderheit bildet der WZ „Grundstücks- und Wohnungswesen. Berlin, Bremen als auch Hamburg erreichen Werte, die unterhalb des Bundesergebnisses liegen. Die Besonderheit liegt hier vor allem in an der Größe des Mietwohnungsmarktes, der deutlich mehr Beschäftigte in der Bewirtschaftung im Mietwohnungsmarktes bindet. Dort ist, wegen der wesentlich höheren Eigentumsquoten, der Mietwohnungsmarkt erheblich geringer ausgeprägt.²

Produktivität bei unterdurchschnittlichem Wachstum, nach WZ

Die WZ mit unterdurchschnittlichen Wachstumsraten in Berlin korrespondieren mit einer im Vergleich niedrigeren Produktivität. Dies betrifft sowohl den qualifizierten Dienstleistungssektor der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen als auch die binnenwirtschaftlich ausgerichteten Sektoren des Handels, Einzelhandels und KFZ-Handels bzw. KFZ-Reparaturunternehmen.

BWS je ET der WZ 2012 (Deutschland = 100) über Durchschnittswachstum 2008 -2013

2008 - 2013	Wirtschaftszweig	BWS je ET 2012 (Dtschl = 100)		
		Berlin	Bremen	Hamburg
Wachstum BWS				
14,8%	BWS Insgesamt	93,5	104,5	126,9
11,4%	Handel, KFZ-Reparatur	80,1	115,5	152,0
5,1%	Finanz- und Versicherungsdienstleistung	95,5	107,1	112,6
0,5%	Verarbeitendes Gewerbe	103,0	113,3	142,4
11,4%	Energie-Wasserversorgung, Entsorgung u.ä.*			

*Nicht zu berechnen

Geringe Wachstumsraten sowie unterdurchschnittliche Produktivität bei rückläufigen Anteilen an der Berliner Wirtschaftsleistung (2008 = 3,7% / 2013 = 3,3%) verweisen im WZ Finanz- und Versicherungsdienstleistung auf eine deutliche Stagnation bzw. Schwächen eines zentralen Sektors innerhalb der Berliner Regionalwirtschaft.

² Nach Konzept der VGR wird in der Entstehungsrechnung der Marktwert auch für Eigentumswohnungen ermittelt und so als Bruttowertschöpfung ausgewiesen. Vgl. VGR, Inlandsprodukt nach Revision 2005 ESVG – Methoden und Grundlagen – Fachserie 18 Reihe S.22, Statistisches Bundesamt Wiesbaden S.123 ff.

Der regional schwache Binnenmarkt schlägt auch für den WZ Handel, Einzelhandel und KFZ im Ergebnis durch. Deutlich niedrigere Produktivität, ebenfalls Anteilsrückgang an der Wirtschaftsleistung (2008 = 6,6% / 2013 = 6,4%) und unterdurchschnittliche Wachstumsraten bei gleichzeitig hoher Beschäftigtenzahl (2013 = 204,6 Tsd. ET) verweisen zudem auch auf entsprechend niedrigeres Einkommensniveau in dieser Branche.

Auch im Produktionsergebnis fällt der WZ „verarbeitendes Gewerbe“ zurück. Legt man die Stundenproduktivität (BWS je Arbeitsstunde) im verarbeitenden Gewerbe zu Grunde, so ist diese nach einem Aufholvorgang des verarbeitenden Gewerbes wieder rückläufig. Lag der Index 2009 (Arbeitsstundenproduktivität) noch bei 121,9 Punkte, so ist dieser Wert im Jahr 2013 auf 100,4 Punkte gesunken.

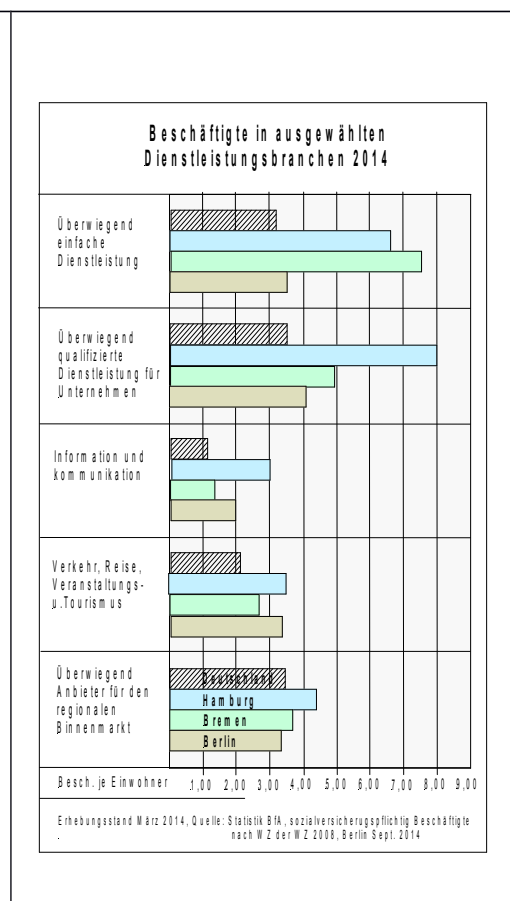
4.2 Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im Stadtstaatenvergleich

Industrielle Warenproduktion findet zunehmend in arbeitsteiligen Netzwerken von verarbeitenden Gewerbe und Dienstleistungssektoren statt. Hierbei hat es in den letzten 20 Jahren erhebliche Verschiebungen gegeben. Die industrielle Arbeitsteilung erfasst schon lange auch den Dienstleistungssektor und führt zu erheblich arbeitsteiligen Verzweigungen zwischen „verarbeitendem Gewerbe“ und qualifizierten Dienstleistungen. Forschung und Entwicklung, Werbung, Marketing, Finanzierung, Vertrieb und Logistik sowie Service sind arbeitsteilig in die Produktzyklen integriert. Diese aber werden in der WZ Statistik als Dienstleistung geführt und erscheinen so von der industriellen Produktion abgekoppelt. Tatsächlich aber ist die regionale Wirtschaftskraft umso stärker, je breiter der Industriesektor und der Sektor qualifizierter Dienstleistung aufgestellt ist.

„Der Trend zur Tertiarisierung in der Industrie dürfte sich künftig auch weiter fortsetzen, nicht zuletzt wegen der zunehmenden Digitalisierung von Informationen: Routineaktivitäten werden weiter an Bedeutung verlieren, anspruchsvolle Tätigkeiten – auch in der Fertigung – an Bedeutung gewinnen.“³

Tabelle: Beschäftigte je EW im Stadtstaatenvergleich

Beschäftigte je EW (Stand: März 2014)	SvB in % zur Einwohnerzahl			
	Berlin	Bremen	Hamburg	Dtschl.
EINFACHE DIENSTLEISTUNGEN	3,50	7,53	6,57	3,21
Vermietung von beweglichen Sachen	0,12	0,09	0,22	0,09
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	0,81	1,92	1,49	0,93
Reisebüro, Reiseveranst., Erbr.sonst.Reservierungs-DL	0,14	0,17	0,21	0,09
Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	0,37	0,24	0,40	0,17
Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	1,14	1,01	1,49	0,78
Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops	0,05	0,02	0,04	0,02
Call Center	0,35	0,24	0,14	0,13
Erbr.v. sonst.wirtschaftl. DL f.Untern. u.Privatpersonen	0,22	0,29	0,30	0,18
Lagerei sowie Erbr.v.sonstigen DL für den Verkehr	0,30	3,55	2,28	0,81
QUALIFIZIERTE DL FÜR UNTERNEHMEN	4,11	4,95	8,00	3,50
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,97	1,30	2,66	1,23
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	0,70	0,72	1,11	0,53
Verw.u. Führung u. Beratung v. Unternehmen, Betriebe	0,81	1,08	1,86	0,68
Architektur- Ing.-büros; techn., physik. u. chem.Unters.	0,71	1,07	1,13	0,59
Forschung und Entwicklung	0,52	0,46	0,31	0,25
Werbung und Marktforschung	0,27	0,19	0,76	0,15
Sonst.freiberufl., wissenschaftl.u.techn.Tätigkeiten	0,13	0,13	0,19	0,07
INFORMATION UND KOMMUNIKATION	1,94	1,33	2,96	1,12
Verlagswesen	0,31	0,21	0,54	0,17
Herst.Verleih, Vertrieb Film, Fernsehen, Ton, Rundfunk	0,31	0,13	0,48	0,12
Telekommunikation	0,11	0,12	0,13	0,08
Dienstleistungen Informationstechnologie	1,21	0,88	1,80	0,75
VERKEHR- REISE, VERANSTALTUNGS- UND TOURISMUSBRANCHE	3,41	2,71	3,54	2,12
Hotelwesen, Beherbergung u. Gastronomie	1,67	1,28	1,77	1,08
Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalte	0,08	0,03	0,06	0,04
Bibl., Archive, Museen, zoolog.u.ä.Gärten	0,12	0,09	0,09	0,04
Erbr.v. Dienstl. des Sports, Unterhaltung und Erholung	0,15	0,21	0,20	0,12
Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten	0,19	0,15	0,21	0,08
Luftfahrt	0,20	0,01	0,13	0,08
Landverkehr (Eisenbahn u. Strasse)	1,00	0,94	1,08	0,68
ANBIETER f.d.REGIONALEN BINNENMARKT	3,35	3,72	4,42	3,46



3 A. Eickelpasch „Funktionaler Strukturwandel in der Industrie: Bedeutung produktionsnaher Dienste nimmt zu“

Hdl. mit Kraftfahrzeugen;				
Instandh.u.Rep.v.Kraftfahrzeugen	0,49	0,73	0,79	0,75
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	2,86	2,99	3,64	2,71

Der Dienstleistungssektor Berlins schneidet im Vergleich mit Bremen und Hamburg schwächer ab. Bei den einfachen und qualifizierten Dienstleistungen kommt Berlin zwar gegenüber dem Bundesergebnis auf leicht höhere Anteile, dies wird aber im Städtevergleich wieder relativiert. Vor allem gegenüber Hamburg ist Berlin von einem wirtschaftsstarken Ergebnis entfernt. Lediglich in der Sparte „Information und Kommunikation“ sowie „Verkehr/Tourismus“ liegt Berlin über dem Bundesdurchschnitt, aber dennoch mit deutlichem Rückstand zu Hamburg. Dies betrifft vor allem „Information und Kommunikation“, wonach Berlin gegenüber Bremen auf höhere Werte kommt, aber die Distanz mit fast einem Drittel Rückstand zu dem wirtschaftsstarken Hamburg nicht überwindet. Nach wie vor ist Hamburg, neben München und Köln, ein hoch konzentrierter Standort der Medien, Rundfunk und Filmindustrie.

Nur hinsichtlich Verkehr/Tourismus kann sich Berlin in etwa mit Hamburger Nivea messen und liegt um ca. ein Viertel vor Bremen. Stadttourismus in Verbindung mit Kulturindustrie ist für beide Städte gleichermaßen ein Wirtschaftsfaktor. Allerdings ist davon auszugehen, dass ihr Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung nur zwischen 3% bis 4% ausmacht.

Deutlich ausgeprägt ist auch die Schwäche des Sektors der Unternehmen, die hauptsächlich für den regionalen Binnenmarkt anbieten. Dies betrifft sowohl die „einfachen Dienstleistungen“ wie auch den Sektor „Anbieter f.d. regionalen Binnenmarkt“. Im umsatzstarken WZ „Handel und Reparatur von KFZ“ weist Berlin etwas mehr als die Hälfte des Besatzes der Stadt Hamburg und des Bundesergebnisses auf. Sowohl gegenüber Bremen und Hamburg wie auch zum Bundesergebnis liegt Berlin deutlich zurück.

4.3 Strukturelle Ungleichgewichte

Industrie

Berlin ist die Großstadt (über 500 Tsd. EW), in der der geringste Anteil an der Wirtschaftsleistung vom verarbeitenden Gewerbe erbracht wird. Während Berlin mit 2.536,- € pro EW notiert, erreicht dieser Wert in Bremen 7.486,-€ und in Hamburg 5.592,- € pro EW. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 6.523,- €.

Obwohl das verarbeitende Gewerbe in der Stundenproduktivität (BWS je Arbeitsstunde) seinen Produktivitätsrückstand in den letzten Jahren aufholen konnte, ist dieser in den letzten drei Jahren wieder zurückgegangen. Lag der Index 2009 noch bei 121,9, so ist dieser Wert bis 2013 auf 100,4 Punkte gesunken, also nur noch knapp auf der Höhe des Bundesdurchschnitts. Damit einher ging auch die Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes an der Berliner Wirtschaftsleistung zurück.

Zwar hat sich der Anteil des Außenhandels am Umsatz seit dem Jahr 2000 fast verdoppelt (2013 Exportanteil 53,2%), dies hat aber weder zu einem Aufschwung des verarbeitenden Gewerbes geführt, noch hat diese Entwicklung nennenswerten Einfluss auf das Wachstumsergebnis der Berliner Wirtschaft gehabt. Paradoxiertweise zeigte sich dies als relativ günstig im Finanzkrisenjahr 2009. Dort, wo hohe Exporteinbrüche in Deutschland zu einem drastischen Rückgang der deutschen Wirtschaftsleistung führten, fiel der Rückgang der Berliner Wirtschaft auf Grund des geringen Anteils exportorientierter Wirtschaft deutlich moderater aus.

Immobiliensektor

Der hohe WZ-Anteil des „Grundstücks- und Wohnungswesen“ an der Berliner Wirtschaftsleistung insgesamt ist auffallend. Obwohl der Immobiliensektor auch in anderen Städten hohe Anteile aufweist, liegt der Berliner Anteil deutlich über den Durchschnittswerten. In Berlin kommt dieser Anteil an der Wirtschaftsleistung auf 13,9 %, in Bremen auf 10,4% in Hamburg auf 12,5 % und in Deutschland auf 12,1%. Zudem ist in diesen Städten das verarbeitende Gewerbe in der Position mit dem höchsten WZ Anteil.

Wer die Berliner Wirtschaftsgeschichte kennt, dürfte sich nicht wundern. Denn die Immobilienwirtschaft war in der Vergangenheit und ist auch noch jetzt der WZ, in dem in Berlin die größten Kapitalbewegungen stattfinden, bei gleichzeitig geringen Beschäftigungseffekten.

Folgt man dem Rechnungskonzept der VGR, so entsteht ein Großteil des wohnungswirtschaftlichen Produktionsergebnisses (Entstehungsrechnung) aus Erträgen durch Vermietung und Verpachtung.

Tatsächlich aber handelt es sich bei Mieten und Pachten im Berliner Mietwohnungsmarkt überwiegend um Einkommen, die in anderen Produktionszweigen entstehen oder aber über staatliche Transfers als Einkommen generiert werden.

Bei gleichzeitig im regionalen Vergleich von Berlin zu anderen Großstadregionen niedrigeren Einkommen ergeben sich so auch wachstumspolitisch erhebliche Verzerrungen, die die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Berliner Immobiliensektors betreffen. Die über die Mietpreisentwicklung verstärkte Abschöpfung von Einkommen wirkt sich negativ auf die regionale binnenwirtschaftliche Nachfrage aus und führt zudem zu erheblichem sozialpolitischem Konfliktstoff.

Wachsende Beschäftigung bei zunehmend gespaltenen Arbeitsmarkt, einer nach wie vor hohen Arbeitslosenzahl und weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt liegender Wirtschaftsleistung finden ihre Erklärung in der Wirtschaftszweigstruktur der Berliner Wirtschaft und der besonderen Konstellation zwischen privaten und staatlichen Sektor. Diese ist einmal historisch berlinspezifisch herleitbar und zum anderen auch standortbedingt.

5.0 Der Berliner Arbeitsmarkt / Beschäftigung und Einkommen

Die Darstellung des Wachstumsverlaufs zeigt keine Signifikanz hinsichtlich einer Sonderentwicklung gegenüber der bundesdeutschen Entwicklung und anderer Großstädte. Im Widerspruch hierzu scheint die Beschäftigtenentwicklung für Berlin zu stehen, die in den letzten Jahren relativ hohe Zuwächse zu verzeichnen hat. Dies wird als Ausweis für die besondere Dynamik Berlins – siehe IHK und Senat – in der öffentlichen Debatte vermittelt. Tatsächlich sind sowohl die Zahlen der Erwerbstätigkeit wie auch der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deutlich gestiegen. Nach Rückgängen bis 2006 setzt ab 2007 eine Zunahme der Erwerbstätigen ein. Ende 2014 notiert Berlin 1,8 Mio. Erwerbstätige. Seit 2006 hat die Zahl der Erwerbstätigen um 14 % zugenommen (plus 222 Tsd. ET).

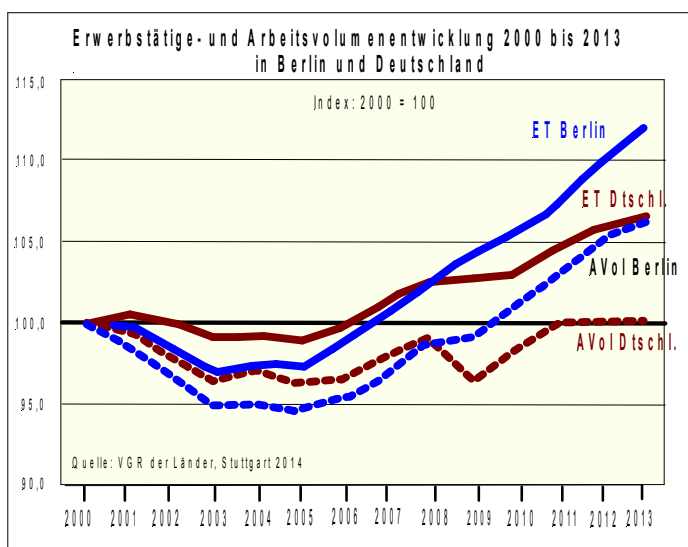
Indes hat die Zunahme der Erwerbstätigen bislang den Abstand zu Deutschland und anderen Großstädten nicht wesentlich verringert. Denn auch dort wurden Arbeitsplätze neu geschaffen. Deutlich rangieren die wirtschaftsstarken Städte bei der Erwerbstätigenquote vor Berlin.

Tabelle: Erwerbstätigenquote (Erwerbstätige / 15 bis 65 Jährige)

Deutschland	München	Frankfurt	Stuttgart	Hamburg	Köln	Bremen	Berlin
77	93	90	87	85	83	80	74

5.1 Entwicklung am Berliner Arbeitsmarkt im Vergleich, keine Sonderentwicklung aber zunehmend geprägt von Ungleichgewichten.

Die Zunahme der Erwerbstätigen in Berlin und in Deutschland insgesamt geht mit einer ungleichen Zunahme des Arbeitsvolumens im Verhältnis zum Erwerbstätigenwachstum einher.



Kennzeichnend ist das Auseinanderklaffen von Erwerbstätigenwachstum und der Entwicklung des Arbeitsvolumens. Während in Berlin das Arbeitsvolumen absolut von 2000 bis 2013 um 6,3% zulegt, stagniert das Arbeitsvolumen in Deutschland. In Berlin legt die Erwerbstätigenzahl um fast das Doppelte zum Arbeitsvolumen zu (+11,9 %), in Deutschland aber nur um 6,2%.

Die Erwerbstätigenzunahme in Berlin und die dagegen geringere Zunahme des Arbeitsvolumens ist dennoch

keine Berliner Sonderentwicklung. Das stagnierende gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen bei gleichzeitiger Zunahme der Erwerbstätigen verteilt sich regional unterschiedlich. Generell gilt, dass es

in wirtschaftsstarken Regionen zunimmt und in wirtschaftsschwachen Regionen rückläufig ist. In Hamburg ist beispielsweise die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 2000 und 2013 noch stärker gewachsen (+ 13,2%) als in Berlin, gleichwohl bleibt auch dort das Arbeitsvolumen mit einem Wachstum von 8,4% hinter der dortigen Erwerbstätigenentwicklung zurück. Die ungleiche regionale Verteilung und wachsende Schere zwischen Arbeitsvolumen und Zahl der Erwerbstätigen zeigt sich auch in der Betrachtung von Städten über 500 Tsd. für die Jahre 2000 bis 2012.

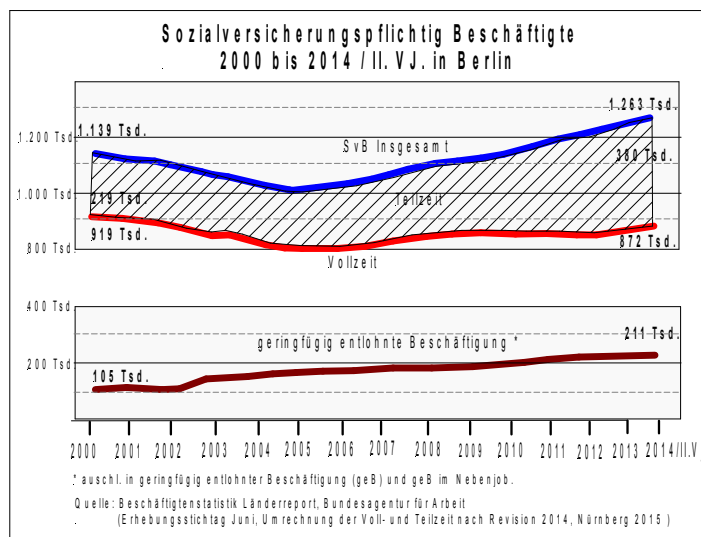
Wachstum Arbeitsvolumen und Erwerbstätige in % (Städte über 500 Tsd. Einwohner) 2000 – 2012

	Hambur g	Leipzi g	Dresde n	Berli n	Düsseldor f	Köln	Münche n	Dortmun d	Breme n	Ffm	Stuttgar t	Nürnber g	Esse n	Duisbur g
Arb.Vo l	8,1	6,8	6,8	5,0	4,6	4,2	3,2	2,3	1,9	1,7	-1,2	-1,4	-2,1	-4,5
ET	12,1	12,4	11,9	9,7	9,7	11,0	8,3	10,1	6,2	7,5	3,4	3,5	3,3	0,9

Die ungleiche Zunahme von Arbeitsvolumen und Erwerbstätigen in der Konsequenz zu einem härteren Wettbewerb. Die neu hinzukommenden Bewerber um einen Arbeitsplatz treffen trotz Wachstum auf ein knapperes Arbeitsvolumen. Dies beeinflusst wesentlich die Beschäftigtenstruktur des Arbeitsmarktes und schlägt auch auf die Entwicklung von Einkommen in Berlin und den jeweiligen Regionen durch.

5.2 Arbeitsmarkt der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin

Der tiefste Beschäftigtenstand in Berlin bei einer gleichzeitigen Arbeitslosenquote von 19,0 % war das Jahr 2005. Danach setzte ein Aufschwung ein, der auch in 2014 weiter anhält. 2005 wurden in Berlin nur noch 1.013.464 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) gezählt. Die Zuwachsrate bis 2014 II.Vj. beträgt 24,1%.



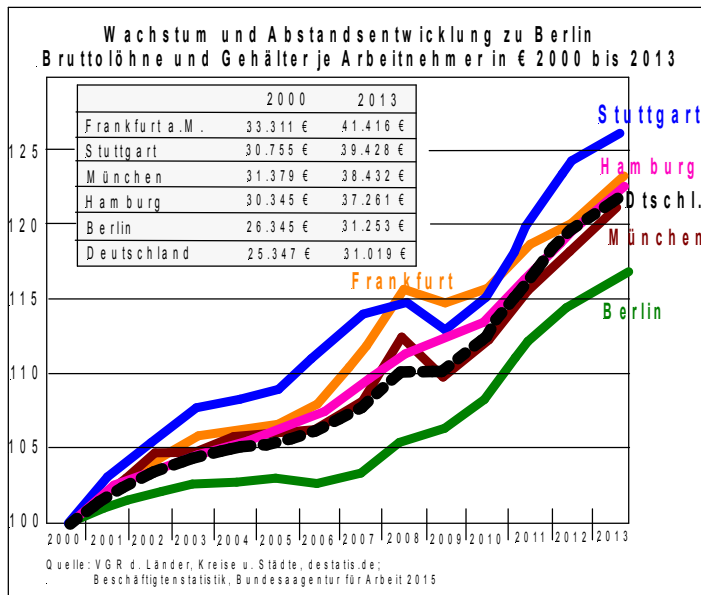
Die Schere zwischen Arbeitsvolumen und Erwerbstätigen hat im Arbeitsmarkt der SvB zu deutlichen Verschiebungen geführt. Tatsächlich haben die Vollzeitstellen seit 2005 nur leicht zugenommen. Gegenüber dem Jahr 2000 ist sogar ein Rückgang von rund 50.000 Vollzeitstellen zu verzeichnen. Die Zunahme ab 2005 konnte den Rückgang, seit dem Jahr 2000 nicht kompensieren.

Der größte Teil des Zuwachses ist auf eine deutliche Zunahme der Teilzeitarbeit und der prekären Beschäftigung (geringfügig entlohnte Beschäftigung) zurückzuführen. Hierbei nahm die Teilzeitarbeit ab 2005 um rund 73 % zu. Gegenüber 2000 hat sie sich fast verdoppelt. Zu einer weiteren Aufspaltung des Arbeitsmarktes hat ebenfalls das Wachstum der prekären Beschäftigung beigetragen. Gegenüber 2000 wuchs die Anzahl der prekären und niedrig bezahlten Jobs um über 103 %.

5.3 Geringfügig entlohnte Beschäftigung als Berliner Massenproblem

Die Schere zwischen Arbeitsvolumen und Erwerbstätigen hat zu einer Aufspaltung des Berliner Arbeitsmarktes geführt. Ein großer Teil des Jobwachstums ist auf niedrig bezahlte Jobs und Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Die Konsequenzen zeigen sich in der Berliner Einkommensentwicklung und der damit einhergehenden nach wie vor schwachen Binnennachfrage in der Berliner Wirtschaft.

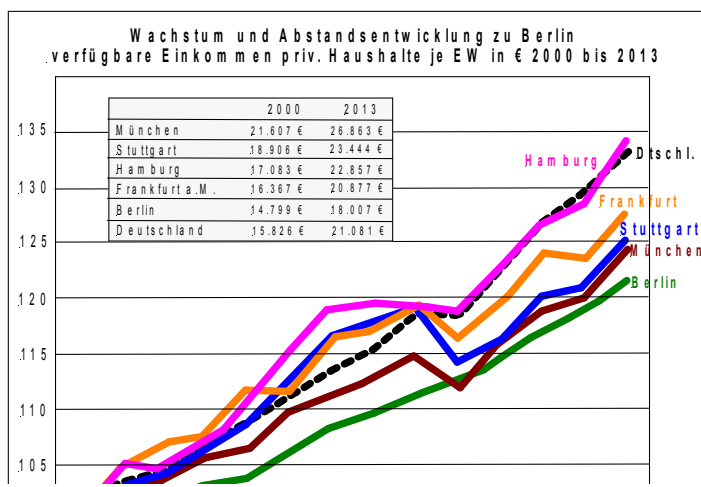
5.4 Löhne und Einkommen wachsen nicht in dem Maße, wie die Beschäftigung steigt



In nebenstehender Tabelle ist der Anstieg der Bruttolöhne und Gehälter im Vergleich Deutschlands und eines Teils der Großstädte in ihrer Entwicklungsdynamik wiedergegeben. Zwar ist für Berlin ab 2006/07 ein deutlicher Anstieg zu erkennen, gleichwohl wachsen die Einkommen sowohl im bundesdeutschen Durchschnitt als auch in den angeführten Großstädten deutlich schneller. Dabei verringern sich auch die Abstände Berlins zum Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2000 lagen die Bruttolöhne und Gehälter in Berlin noch um 4% über dem Bundesdurchschnitt

5.5 Einkommen der Privathaushalte bedingt eine der Berliner Strukturschwächen - schwache Binnennachfrage

Hinsichtlich der Verteilungswirkung und des binnenwirtschaftlichen Nachfrageeffektes für die Berliner Regionalwirtschaft erhält man Aufschluss über die Erfassung der „verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte“. Diese stellen die den privaten Haushalten zur Verfügung stehenden Einkommen für Konsum- und Sparzwecke dar. Mithin lässt sich mit diesen Angaben die regionale Nachfrage für die Berliner Binnenwirtschaft erfassen.



Auch bei den „verfügbaren Einkommen“⁴ liegt Berlin sowohl in der Entwicklungsdynamik wie auch im Ergebnis auf dem letzten Platz. Bemerkenswert ist hierbei, dass Berlin gegenüber dem bundesdeutschen Durchschnitt mit ca. 15% noch deutlicher unterhalb des deutschen Durchschnittswertes liegt als im Bruttolohnvergleich. Dies ist nicht nur durch die niedrigeren Einkommen bedingt, sondern speist sich auch aus der im Vergleich hohen Zahl der Transferempfänger (Hartz IV,

⁴ „Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte“ = Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen (Arbeitnehmerentgelt, Selbstständigeneinkommen, Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen und eigengenutzten Wohneigentum, netto empfangene Vermögenseinkommen) zusätzlich der monetär empfangenen Sozialleistungen und sonstiger laufender Transfer (Hartz IV, Arbeitslosengeld, Grundsicherung, Rente) durch den Staat. Abgezogen werden die zu leistenden Einkommens- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonst. lfd. Transfers. Das verfügbare Einkommen entspricht dem Einkommen, das den privaten Haushalten für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht. Das verfügbare Einkommen wird am Wohnort erhoben.

Unterbeschäftigungsquote von 15,1% (Dezember 2013).

Dreh- und Angelpunkt der Berliner wirtschaftsstrukturellen Defizite ist die gemessen an der Größe der Stadt zu geringe Ausprägung einer auf heutigem Niveau wirtschaftsstarker Region erforderlichen Korrelation zwischen industriellen Sektor und qualifizierter Dienstleistung. Die vorhandenen Produktionsressourcen vor allem im verarbeitenden Gewerbe sind zu gering, um hier nennenswerte Entwicklungsimpulse setzen zu können. Zwar ist festzuhalten, dass die Berliner Forschungs- und Entwicklungslandschaft international gut aufgestellt ist und auch entsprechende Potenziale bietet. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass Berliner Forschungs- und Entwicklungsergebnisse im regionalen Austausch relativ gering in Berlin selbst verwertet werden bzw. verwertet werden können. Der überwiegend größte Teil dieser Einrichtungen wird entweder von der öffentlichen Hand (Hochschulen, Universitäten, Stiftungen) oder aber in vom Staat unterstützten bzw. subventionierten Trägerschaften durchgeführt. Ohne diese Anteile wäre der qualifizierte Dienstleistungssektor deutlich geringer ausgestaltet.

Festzuhalten ist, dass in bestimmten Dienstleistungsbereichen eine nachholende Hauptstadtentwicklung stattgefunden hat, die aber gleichwohl im Verhältnis zum Gesamtergebnis moderat zu nennen ist. Weder hat dies zu überproportionalem Zuwachs dieser Sektoren geführt noch reichen diese Bewegungen aus, um von einem neuen Wachstumspotential auszugehen. Diese Entwicklung wird sich nach Sättigung abschwächen und in den Zuwachsraten an die allgemeine Entwicklung anpassen.

Bleibt der Sozial- und Gesundheitssektor, der im Verhältnis zu den übrigen WZ deutlicher hervortritt. Sein Vorteil ist der hohe räumliche Konzentrationsgrad von Einwohnern (über vier Millionen) mit den für die Gesundheitsinfrastruktur erforderlichen Einrichtungen. Gleichwohl bleibt aber auch dieser stark binnenwirtschaftlich ausgerichtet.

Letztlich verweist die hohe binnenwirtschaftliche Orientierung der Berliner Wirtschaftsstruktur auf eine Wachstumsgrenze, die gesetzt wird durch im Vergleich niedrigere bzw. mäßig steigende Einkommen. Dies geht einher mit dem Auseinanderdriften sozialer Schichten, die sich in erster Linie auf dem Wohnungsmarkt bemerkbar machen werden.

6.0 Wirtschaftskraft und Steuerkraft, die Berliner Achillesferse

Eine schwache Wirtschaftskraft bildet sich natürlich auch in der schwachen Steuerkraft Berlins ab. Dies betrifft alle Steuerarten, von den Einkommens- und Ertragssteuern bis hin zu Umsatz- und Gütersteuern.

So erhob Hamburg 2013 an Umsatzsteuer vor der Verteilung über 12,23 Mrd. €, während Berlin im selben Jahr nur etwa die Hälfte von 6,26 Mrd. € aufbrachte. Diese Liste lässt sich beliebig fortsetzen. Im Jahr 2013 lag die kommunale Gewerbesteuer in Berlin um 27,5 % unterhalb des Bundesdurchschnitts (ermittelter Realsteuervergleich über einheitliche Hebesätze). Diese Steuerkraftschwäche hat erhebliche Auswirkungen auf die Berliner Budgetpolitik. Selbst die in den letzten Jahren gestiegenen Steuereinnahmen, die nur dank des Länderfinanzausgleichs im Haushalt 2012 und 2013 zu einem Primärüberschuss führten, haben an der Situation nichts Wesentliches verändert.

6.1 Berliner kommunale Steuerkraft im Vergleich

**Realsteuervergleich (Kommunalsteuern) je Einwohner 2013
in Großstädten über 500 Tsd. Einwohner**

Realsteuervergleich: Index 100 = Deutschland						Ein- wohner	Hebesatz	
	Ins- gesamt *	Gewerbe Steuer	Grund- Steuer B	Anteil Eink. Steuer	Anteil Umsatz- steuer		Grund- Steuer B	Gewerbe - Steuer
Frankfurt a.M.	208,3	328,8	149,9	127,8	365,6	693 436	500	460
München	188,2	245,6	119,8	165,4	206,0	1 395 429	535	490
Düsseldorf	171,5	143,5	149,6	123,5	252,7	595 425	440	440
Hamburg	156,9	174,5	133,0	151,1	179,3	1 742 707	540	470
Stuttgart	150,8	179,1	144,1	131,1	208,7	600 260	520	420
Nürnberg	126,1	133,8	121,6	118,2	194,1	496 363	535	447
Köln	124,9	148,6	119,6	108,1	167,7	1 027 679	515	475
Bremen	97,6	100,1	124,1	88,6	134,1	654 581	572	434
Berlin	90,8	72,9	81,0	91,7	95,9	3 394 130	810	410
Dortmund	83,6	71,0	96,3	87,5	107,3	572 572	540	485
Dresden	73,2	70,4	62,2	64,6	117,7	525 929	635	450
Duisburg	72,7	52,9	88,8	80,4	101,1	486 076	695	490
Leipzig	68,5	67,0	76,8	54,7	121,9	523 719	650	460

*Insgesamt einschl. Grundsteuer A

Quelle: Realsteuern 2014, Fachserie 14 Reihe 10.1; Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Eigene Berechnung / Einwohnerzahl nach Mikrozensus 2011

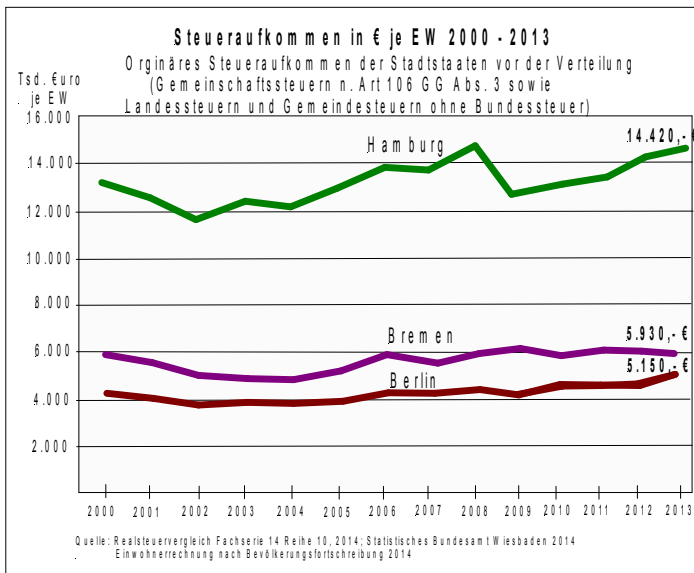
In der Tabelle oben sind die Indexwerte pro EW von Kommunen über 500 Tsd Einwohner wiedergegeben. Priorität beim Gesamtergebnis ist die Stadt Frankfurt mit über dem Doppelten des Bundesdurchschnitts, danach folgen München, Düsseldorf usw. Berlin liegt bei einem Wert von 90,8 Punkten 9,2 % unter dem Bundesdurchschnitt. Der Gewerbesteuerertrag notiert mit 72,9 Punkten noch wesentlich darunter. Gerade die Gewerbesteuer ist ein Indikator für die Wirtschaftskraft des privaten Sektors.

Obwohl Berlin den weitaus höchsten Hebesatz aller Städte bei der Grundsteuer B ansetzt, liegt der steuerliche Ertrag weit unter dem derjenigen Städte, die einen wesentlich geringeren Hebesatz berechnen. Lediglich Dresden und Leipzig – allerdings mit niedrigeren Hebesätzen – liegen unter diesem Niveau.

Bei der Einkommenssteuer, die in den letzten Jahren in Berlin deutlich gestiegen ist, rangiert Berlin nur bei 91,7 Punkten. Die Umsatzsteuer bringt zwar für Berlin den besten Wert, ist aber der geringste Wert aller aufgeführten Städte. Selbst Leipzig und Dresden liegen deutlich höher.

6.2 Steuerliche Ertragskraft in Berlin und Länderfinanzausgleich

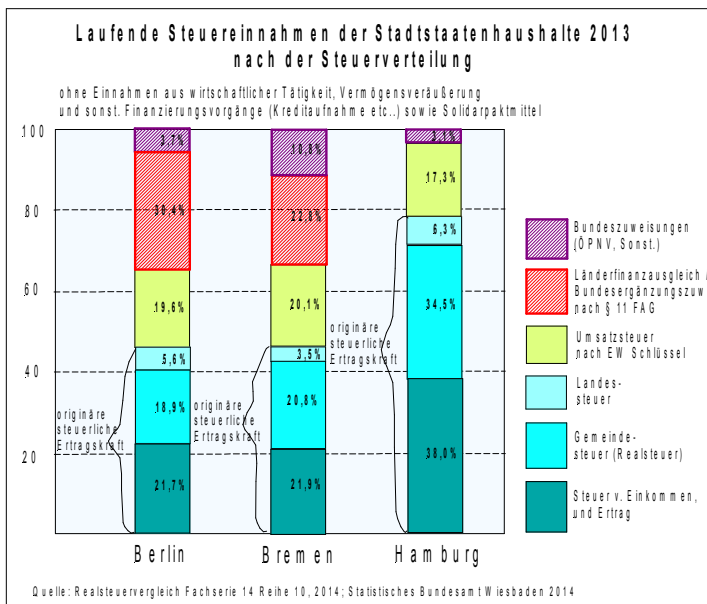
Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der Steuereinnahmen vor der Steuerverteilung der Länder. Die Steuerarten sind aus wirtschaftliche Tätigkeit und Abgaben geleistete Steuern und geben die Wirtschaftskraft der einzelnen Länder wieder. Sie setzen sich zusammen aus den Bundessteuern vor der Verteilung, den Landessteuern und den Gemeindesteuern.



Im Stadtstaatenvergleich lässt sich die steuerliche Ertragskraft für das Land Berlin vergleichen. Der Stadtstaat Hamburg erwirtschaftet mit seiner hohen Wirtschaftskraft (Bruttowertschöpfungsindex 160,7) einen dreifach höheren Betrag wie das Land Berlin (Bruttowertschöpfungsindex 91,9). Ebenso erbringt der Stadtstaat Bremen einen höheren Steuerertrag als das Land Berlin (Bruttowertschöpfungsindex 129,1)

Auch im zeitlichen Verlauf zeigen sich keine großen Veränderungen.

Deutlich ist der Einbruch in 2009 für Hamburg – bedingt durch die Finanzkrise. Gleichzeitig vergrößert sich der Abstand von Hamburg zu Bremen und Berlin. Eine leichte Aufwärtsentwicklung ist für Berlin ab 2008/09 zu erkennen. Diese geht aber nicht wesentlich über die Verlaufslinie hinaus. Nimmt man Hamburg als Nichtnehmerland im Länderfinanzausgleich als Maßstab für das Erreichen eines Haushaltseinkommen aus Steuerleistung ohne den Finanzausgleich in Anspruch zu nehmen, so müsste Berlin sein Steueraufkommen verdreifachen, was schlechterdings in einer Wachstumskurve nicht darstellbar ist.



Nebenstehend ist der Stadtstaatenvergleich mit Bremen und Hamburg abgebildet. Hamburg deckt seine Einnahmeseite aus eigener Steuerkraft zu fast 100%, während Bremen und Berlin dies nur zu je zwei Dritteln leisten können. Ebenfalls liegt Bremen beim steuerlichen Ertrag etwas mehr zu als Berlin. Für beide Städte wäre die Haushaltsfinanzierung ohne Finanzausgleich nicht zu stemmen.

6.3 Besonderheit der Steuerstruktur, Ertragssteuern Berlin

